

# Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen 2,50 Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,75 Mark, bei Postbefreiung 3,00 Mark. Einzelnummern 15 Pf. — Früher: Wilsdruffer Tageblatt



Verlagspreis: Die 8 spaltenreine Raumzeile 30 Goldpfennig, die 2 spaltenreine Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 1 spaltenreine Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 100 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 20 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag 24. Januar 1924

## Fort mit den untragbaren Besatzungskosten!

### Schwere Bedenken der Rentenbankleitung

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 23. Jan. Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Präsident, der Vorstand und einige Mitglieder des Verwaltungsrates der deutschen Rentenbank haben gestern beim Reichsfinanzminister und beim Reichsaußenminister ihre schwersten Bedenken dagegen erhoben, daß die Besatzungskosten für das besetzte Gebiet weiterhin gezahlt werden. Die jetzt eingetretene Stabilisierung unserer Währung wird nach ihrer Auffassung nicht aufrecht erhalten werden können, wenn diese Zahlungen fortgesetzt würden. Die Stabilisierung sei nur dann gewährleistet, wenn die Ausgaben des Reiches sich mit den Einnahmen im Einklang befänden und der Haushaltsplan im Gleichgewicht bleibe. Nach den ihnen bei den Kreditanträgen zugegangenen Aufstellungen des Reichsfinanzministeriums sei die Herbeiführung des Gleichgewichts für das Jahr 1924 nur dadurch ermöglicht worden, daß die Ausgaben auf das kaum Erträgliche beschränkt und die Einnahmen in einer Höhe angenommen seien, daß man kaum noch mit ihrem Defizit rechnen könne. Würde dieses Gleichgewicht durch so hohe Ausgaben, wie sie die Besatzungskosten darstellen, überschritten, dann seien große Fehlbeträge unvermeidlich. Aus Anleihen oder Rentenbankkrediten könnten diese Fehlbeträge zur Zeit nicht gedeckt werden. Es würde daher nur die Neuschaffung von ungedeckten Zahlungsmitteln übrig bleiben, die eine neue Inflation im Gefolge haben würde. Die Rentenbank hält sich im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität der Währung für verpflichtet, gegen die Weiterzahlung der Besatzungskosten ihre warnende Stimme zu erheben. Den Vertretern der Rentenbank wurde zugesagt, daß die Angelegenheit weiter verfolgt und dem Kabinett unterbreitet werden würde.

### Ein großer Erfolg des Reichsbankpräsidenten

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 23. Jan. Der gestrige Beschluß des Sachverständigenausschusses über die Notwendigkeit der Gründung einer deutschen Goldnotenbank wird hier als ein großer Erfolg des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht betrachtet. Das Interesse für diese Pläne ist auch in französischen Finanzkreisen lebhaft. Vor dem 2. Ausschuh hat der Reichsbankpräsident dargelegt, daß die Feststellung der deutschen Kapitalien im Ausland mit großen Schwierigkeiten verbunden wäre. Die Darlegungen Dr. Schachts gingen darauf hinaus, daß es nur ein Mittel zur Heimführung der deutschen Kapitalien gebe, nämlich die Sanierung der deutschen Finanzen.

### Schachts Rückreise nach Berlin.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 22. Jan. Dr. Schacht wird, wie wir erfahren, am kommenden Donnerstag die Reise nach Berlin antreten. Er wird vor dem Sachverständigenausschuh nicht erscheinen. Dagegen wird der 2. Ausschuh, der sich mit der Frage der deutschen Auslandskapitalien beschäftigt, morgen noch einmal den Staatssekretär Bergmann hören.

### Feierlichkeiten zum Tode Lenins.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 23. Jan. Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rausau, wird mit der Uebermittlung

des Balleids der Reichsregierung an die Sowjetregierung beauftragt und wird an den Feierlichkeiten anlässlich der Beerdigung Lenins in Moskau teilnehmen. Auch der Berliner russische Volkshof wird sich am Sonnabend zur Trauerfeier einfinden.

### Das Reichskabinett über die 3. Steuernotverordnung.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 23. Jan. In der gestrigen Nachmittagsitzung des Geschäftsträgers in Paris, von Hösch, entgegen einen Bericht über die 3. Steuernotverordnung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Desgleichen nahm das Kabinett einen Bericht des Geschäftsträger in Paris, von Hösch, entgegen.

### Spätestens 10. Februar Reichstagszusammentritt.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 23. Jan. Der Zusammentritt des Reichstages wird, wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, voraussichtlich am den 10. Februar herum erfolgen. Der 10. Februar ist nach Auffassung der Reichsregierung der äußerste Termin, weil das Ermächtigungsgesetz am 15. Februar abläuft.

### Verhaftung eines Gewerkschaftlers durch die Franzosen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Essen, 23. Jan. Der Gewerkschaftssekretär Bohn von der Gewerkschaft der Eisenbahner wurde von den Franzosen verhaftet.

### Daves reist nach Berlin.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 23. Jan. Das Mitglied der Sachverständigenkommission Daves (Budget und Währung) reist voraussichtlich am Montag nach Berlin.

### Empfang Shaws durch Dr. Stresemann

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Berlin, 23. Januar. Der amerikanische Stabkönig Shaw ist heute vormittag durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfangen worden.

### Kabinettsrat in Paris.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Paris, 23. Jan. Unter dem Vorsitz Poincarés hat gestern früh ein Kabinettsrat stattgefunden. Die Minister beschäftigten sich hauptsächlich mit den neuen Finanzmaßnahmen, die abends in der Kammer zur Sprache gelangen werden. Außerdem hat Poincaré Angaben über die auswärtige Politik gemacht.

### Der Völkerbundskommissar für Ungarn.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“.)  
Budapest, 23. Jan. (Telunion.) Zum Generalkommissar des Völkerbundes für Ungarn soll Baron Theodor Aleswert ernannt werden. Von anderer Seite wird ein Amerikaner als Anwärter für diesen Posten genannt.

## Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeiter tut not!

Von besonderer volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:  
Ein bißchen „grüner Tisch“, ein bißchen Antisozialismus hat noch nie geschadet; es trägt dazu bei, das trübe Grau des Daseins durch ein lustigeres Leben aufzuhellen. „Der Jopf, der hängt ihm hinten“, heißt es ja in dem bekannten Lied. Aber — um mit Karlchen Wippchen zu reden — allzu viel macht schartig.  
Das Schreiben aus dem Reichsfinanzministerium an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, in dem dieser gebeten wird, darauf hinzuwirken, daß bei Schlichtungsprüfungen grundsätzlich nicht über die Lohn- und Gehaltsfrage des Reiches nur unter besonderen Umständen hinausgegangen werden soll, scheint aber doch etwas zu viel „grüner Tisch“ zu sein. Heißt doch, allzu wild auf dem Antisozialismus herumzugaloppieren. Erstens ist es politisch unklug. Man muß objektiv genug sein, zuzugeben, daß die deutsche Arbeiterschaft sich fast reflexlos damit einverstanden erklärte, bei Neusetzung der Löhne auf Goldmarkt auf die Friedenslöhne zu verzichten, sich mit Löhnen zu

geben, die im allgemeinen unter den Friedenslöhnen liegen. Und das in wirtschaftlich produktiven Betrieben, nicht etwa nur in Zuschukunternehmen, wie es das Reich, die Staaten und Kommunen sind. Sie haben sich bereit erklärt, obwohl ja auch diese Löhne in ihrer Kaufkraft noch weit unter dem Friedensstand stehen. Und darum auch gar nicht die Möglichkeit bieten, Ersparnisse zu machen für jene Zeit, wenn die Arbeiter erwerbslos sind oder das Alter ihnen die Erwerbsmöglichkeit nimmt. Man kann es ruhig sagen, daß eine detaillierte Herabsetzung des Lebensstandards — die notwendig war — nicht bloß materiell, sondern auch politisch bitter empfunden worden ist, weil gerade die Arbeiterschaft politisch im demokratischen Deutschland von allergrößter Bedeutung ist. Kürzung der Löhne und gleichzeitige Verlängerung der Arbeitszeit ist also in der Industrie unter überraschend geringem Widerstand der Arbeiter und Angestellten durchgeführt worden, weil doch die Einsicht in die wirtschaftliche Notwendigkeit der Mehrleistung und der Herabsetzung der Produktionskosten stark genug war, um in die Veseitigung produktionshemmender Errungenchaften kampfslos zu willigen.  
Die Löhne wieder in ein vernünftiges Verhältnis zum Ruhegehalt der Produktion bringen, unproduktive Ausgaben radikal einschränken — das war der richtige Gesichtspunkt.

von dem man ausging, als zum Personal- und zum Lohnabbau geschritten wurde. Die untere Grenze mußte dabei das Existenzminimum des Arbeiters sein, das war nicht nur eine sozialpolitische, sondern vor allem eine wirtschaftliche Forderung. Nicht bloß deswegen, weil jeder Arbeiter seines Lohnes wert sein muß, sondern deswegen, weil eine über die privatwirtschaftliche Notwendigkeit hinausgehende Herabsetzung des Lohnniveaus zur Veseitigung der Kaufkraft des inneren Marktes führt, auf die jede Industrie als Hauptabgabegbiet angewiesen ist. Natürlich kann man auch im Interesse einer aktiven Handelsbilanz die Ausfuhr fördern und zu diesem Zweck die Produktionskosten durch Lohnherabsetzung forcieren; das bedeutet aber genau jenseitigen Kaufbau am volkswirtschaftlichen Vermögen, als wenn Teile dieses Vermögens selbst exportiert werden. Denn der wichtigste Faktor unseres Volksvermögens ist die Arbeitskraft des deutschen Volkes. Und zwar jetzt mehr denn je. Bezeichnenderweise haben sich übrigens gerade nicht Unternehmerkreise der Produktion und der Verarbeitung mit der Bitte an das Reichsfinanzministerium gewandt, die Löhne zu droffeln, sondern die Vertreter der Vertriebs-, nämlich die Exportfirmen und Versicherungsgesellschaften.

Eine über das Maß des wirtschaftlich Notwendigen hinausgehende Lohn- und Gehaltsdrofflung ist aber auch privatwirtschaftlich unvorteilhaft, weil sie den letzten Rest von Arbeitsfreudigkeit, tilgen würde. Denn nicht bloß das Schicksal des Alters ist dunkel, sondern auch die Gegenwart. Bei den Beamten und bei zahlreichen mit dem Recht der Pensionierung bescheidenden Staatsangestellten ist jene Sorge, die um das Alter, nicht vorhanden. Aber wenn die Einsicht in unsere Arbeiterschaft wieder hineingebracht worden ist, daß der Lohn einen Teil des Aufwerts des produzierten Gutes darstellen muß, so darf man doch nicht die nicht güterproduzierende, sondern höchstens güterverteilende Arbeit der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter zum Vergleich heranziehen. Außerdem ist es wirklich „grüner Tisch“, wenn man glaubt, durch einen übermäßigen Lohnabbau eine Preisherabsetzung herbeizuführen. Der Reallohn steigt allein durch Mehrproduktion, weil jetzt die Löhne schon die Grenze des wirtschaftlichen Existenzminimums fast durchweg erreicht, teilweise sogar unterschritten haben und damit die Aufnahmemöglichkeit für die erhöhte Produktion aufs schärfste eingeengt.

Es ist darum verständlich, daß das Reichsberichtsministerium die „Anregung“ des Reichsfinanzministeriums ablehnt und vor allem der Arbeit der Schlichter nicht „dortwärts“ gewünschte Grenzen ziehen will. Man hat gegenüber diesen — und anderen — Eingriffen des Staates in das wirtschaftliche Leben, stärker als je den Wunsch, daß wir uns, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, baldmöglichst durch ein Zusammenarbeiten im Geist wirklicher Arbeitsgemeinschaft von jeder staatlichen „Regelung“ befreien.

## Sachsens Landwirte in Dresden

### 4. Landwirtschaftliche Woche. Zweiter Tag.

Dresden, 22. Januar.  
Den heutigen Veranstaltungen wohnte auch Dresdens Oberbürgermeister, Blüher, bei. Der Leipziger Universitätsprofessor Dr. Scheuvert sprach über „Ernährungsfragen unter Berücksichtigung der Vitamine“. Er ging aus von den Versuchen amerikanischer Gelehrter, die da feststellen wollten, ob eine genügende Menge von richtiger Menge und richtiger chemischer Zusammensetzung imstande ist, das Leben der Tiere und das des Nachwuchses zu erhalten, wenn diese Ration aus einer einzigen Pflanze zusammengesetzt ist. Die mit Roggen gefütterten Tiere wurden normale Kinder, während die mit Weizen gefütterten Tiere verkümmerten. Genau so war es mit der Nachkommenschaft. Die mit Hafer gefütterten Tiere standen in der Mitte. Die Nahrung muß enthalten: 1. unbekannte Nahrungsstoffe, genannt Vitamine; 2. Eiweiß; 3. Energie, gedeckt durch Kohlehydrate und Fett; 4. Mineralstoffe; 5. Wasser. Ist nun einer von diesen Stoffen ungenügend, so tritt Unterernährung ein. Hinsichtlich der Vitamine sind neben Mc. Collum auch andere Forscher zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, besonders was die Tropenkrankheit Beri-beri anlangt und den Elorbut, die auf das Fehlen von Vitaminen zurückzuführen sind. Die Vitamine werden in drei Gruppen eingeteilt. Die Quelle von Vitamin A, bei dessen Fehlen Augenkrankheiten auftreten, sind in erster Linie grüne Gemüse, gewisse Milchprodukte, Eibitter, besonders Lebertran, auch Amandel- und Hammelfett, aber nicht Schweinefleisch und Margarine. Vitamin B ist namentlich in der Heze und der Kleie enthalten. Die Beri-berkrankheit tritt ein durch allzu großen Genuß von geschältem Reis. Das weiße Mehl, also der sogenannte Kaiserzug, enthält das Vitamin B nicht, das zum Wachstum ebenfalls unbedingt nötig ist. Auch Rüben, Mören, grüne Pflanzen und Früchte, wie Tomaten, enthalten Vitamin B. Das Fehlen von Vitamin C ruft Elorbut hervor. Man findet es wieder in frischen Gemüse, in Zitronen, Milch, Mehl, Siedrüben, Kartoffeln, weniger im Fleisch. Elorbut wirkt bei B und C die oskallische Reaktion und die Wasserlöslichkeit. Die Vitamine werden nicht vom Tier, sondern von der Pflanze produziert. Bei